



Stuttgart, 22. Juni 2021

Positionspapier

Wir, ein breites Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen in Baden-Württemberg, warnen vor dramatischen Verschlechterungen in der Altersversorgung der Menschen in Deutschland. Bereits heute beobachten wir mit Sorge, dass die Armut im Alter zunimmt. Wir haben uns deshalb zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um uns gemeinsam und mit anderen Organisationen und Bündnissen für eine Altersversorgung einzusetzen, die zu einem Leben in Würde reicht. Wir machen uns dafür stark, Armut im Alter im reichen Deutschland wie in Baden-Württemberg zu verhindern.

Das gesetzliche Rentensystem ist Ausdruck unserer Solidargemeinschaft, das als zuverlässiges Instrument eine integrierende Wirkung entfaltet. Deren Legitimität wird aber zusehends in Frage gestellt, da sie den Lebensstandard im Alter und bei eingeschränkter Erwerbsfähigkeit in der Regel nicht mehr wahren kann. Dass die Renten vieler Menschen schon in näherer Zukunft nicht mehr ausreichen werden, um ein Leben in Würde nach einem arbeitsreichen Leben führen zu können, ist ein Skandal. Die zukunftssichere Gestaltung der Rentenversicherung ist notwendig und möglich. Denn der Reichtum unserer Gesellschaft speist sich nicht nur aus der wirtschaftlichen Wertschöpfung, sondern auch aus den sozialen Errungenschaften unserer Solidargemeinschaft.

Altersarmut droht sich strukturell weiter zu verfestigen. Bereits heute müssen wir feststellen, dass in Deutschland wie in Baden-Württemberg die Armutsgefährdung der Älteren im stärker ansteigt. Einige Personengruppen wie etwa ältere Menschen mit Behinderung sind besonders betroffen. Auch ist jede fünfte Frau von Altersarmut bedroht. Altersarmut hat viele Gesichter! Wir begegnen ihnen in unserer alltäglichen Arbeit und erleben die individuellen Folgen und sozialen Auswirkungen. Armut im Alter ist aus verschiedenen Gründen besonders. Sie ist meist unumkehrbar und trifft eine Altersgruppe, die insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender körperlicher und/oder geistiger Einschränkungen besonders verletzlich und versorgungsbedürftig ist. Wir sehen dringenden politischen Handlungsbedarf.

Wir fordern eine gute Versorgung im Alter für alle Menschen. Wir sind überzeugt, dass folgende Maßnahmen, die die Lage einkommensschwacher und armutsbedrohter Menschen im Alter verbessern, sich positiv auf die Möglichkeiten aller Senior*innen, sowie für unsere Gesellschaft als Ganzes auswirken.



Alterssicherung und Rente

Wir als Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg fordern eine Stärkung der gesetzlichen Rente als erste Säule der Altersversorgung. Das Rentenniveau muss dauerhaft bei mindestens 50 Prozent stabilisiert und perspektivisch wieder angehoben werden. Die Renten müssen entsprechend den Löhnen steigen. Auch müssen alle für ihre Erziehungsleistung drei Rentenpunkte erhalten, unabhängig davon, wann ein Kind geboren wurde. Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, benötigen eine gute Absicherung. Die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten von bis zu 10,8 Prozent müssen abgeschafft werden. Außerdem müssen Rentenleistungsverbesserungen für Neu- und Bestandsrentner*innen gelten. Die Grundrente ist ein erster wichtiger Schritt gegen die wachsende Altersarmut, doch lässt die Bundesregierung viele Menschen und gerade Frauen und Erwerbsminderungsrentner*innen im Regen stehen. Die Schwächung der gesetzlichen Rente geht auch zulasten der jungen Generation. Daher sind versicherungsfremde Leistungen durch alle Steuerzahlenden zu finanzieren. Dazu gehören beispielsweise die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63. Für eine generationengerechte und armutssichere Altersrente muss die gesetzliche Rente langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die ausnahmslos alle Erwerbstätigen einzahlen, ausgebaut werden.

Wir fordern deshalb:

- Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und perspektivisch Rückkehr zu einem lebensstandardsichernden Niveau
- Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung für Alle
- Verbesserungen bei Erwerbsminderung
- Kindererziehungs- und Pflegezeiten anerkennen
- Versicherungsfremde Leistungen müssen durch alle Steuerzahler*innen finanziert werden
- Einführung des Vorsorgekontos unter dem Dach der Deutschen Rentenversicherung

Menschenrecht Wohnen muss sicher und bezahlbar sein

Die Wohnung ist für alle Menschen ein unverzichtbares Versorgungsgut. Sie ist Lebensmittelpunkt, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Für Senior*innen hat eine angemessene und leistbare Wohnung besondere Bedeutung, weil sie selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglicht.

Weil seit vielen Jahren der Wohnungsneubau weit hinter dem Bedarf herhinkt, sind insbesondere in den Städten bezahlbare Wohnungen zur Mangelware geworden. Die Mietpreise explodieren. Für immer mehr Menschen wird Wohnen zu einem Armutsrisiko.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Der Markt kann keine angemessene, bezahlbare Wohnraumversorgung gewährleisten. Deshalb ist ein grundlegender Kurswechsel in der Wohnungspolitik erforderlich: Der Staat muss künftig seine Rolle in der Daseinsvorsorge auf den Wohnungsmärkten deutlich aktiver wahrnehmen und dafür sorgen, dass eine dauerhafte, bezahlbare Versorgung für ALLE gesichert wird!

Wir fordern deshalb:

- Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik die den Preistreiber Bodenspekulation verhindert



- Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit
- Deutliche Steigerung der Bautätigkeit von bezahlbaren, energie- und klimaeffizienten und barrierefreien Mietwohnungen
- Schaffung eines dauerhaft bezahlbaren Wohnungsbestandes im öffentlichen Besitz - mindestens 30 Prozent
- Wohnen muss bezahlbar sein – durch gerechte Modernisierungsumlage, Betriebskostendämpfung und einen bundesweiten befristeten Mietstopp
- Wohnen muss sicher sein - keine Verdrängung und besserer Kündigungsschutz bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

Bildung und Chancengerechtigkeit für alle Kinder

Kinder armer Eltern haben ein vielfach höheres Risiko als ihre Altersgenoss*innen später selbst von Armut betroffen zu sein, oder ganz konkret: Armut wird vererbt. Erwerbslose, Familien mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Haushalte mit mehr als drei Kindern sind besonders armutsgefährdet. Gute Bildung und Chancengerechtigkeit sind der Schlüssel für einen Ausstieg aus der Armutsspirale. Das vielzitierte Aufstiegsversprechen muss eingelöst werden, wenn ein Leben und ein Lebensabend in Armut verhindert werden soll. Doch nach wie vor ist der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Wir dürfen aber kein Kind zurücklassen!

Wir fordern deshalb:

- Einführung einer Kindergrundsicherung
- Bedarfsgerechte Betreuungsangebote auch im ländlichen Raum und in Rand- und Notzeiten
- Gleichstellungsorientierte Familien- und Arbeitsmarktpolitik
- Längeres gemeinsames Lernen
- Verlässliche Ganztageschulen, in denen Schule als Sozialraum gestaltet wird
- Teilhabe am digitalen Leben und Lernen
- Inklusives Lernen in Schule und Ausbildung
- Ausbau der Schulsozialarbeit

Gute Arbeit

Auch sechs Jahre nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat Deutschland noch immer einen der größten Niedriglohnsektoren Europas und es gibt immer noch zu viel prekäre Beschäftigung: Minijobs, sachgrundlose Befristungen, unfreiwillige Teilzeitarbeit oder Arbeit auf Abruf, Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträgen und Crowdwork erschweren Millionen Menschen eine verlässliche Lebensplanung und berufliche Entwicklung.

Die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen haben deutlich vor Augen geführt, dass prekär Beschäftigte unmittelbar existenziell bedroht sind.

Anerkennung braucht nicht nur Applaus, sondern vor allem eine gute Bezahlung nach Tarif.

Tarifverträge schaffen soziale Sicherheit, Rechtssicherheit und bilden die Gestaltungsgrundlage für Arbeitsbeziehungen. Sie fördern außerdem fairen Wettbewerb und helfen bei der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften.



Die Tarifbindung ist weiterhin rückläufig. Bundesweit waren 2019 nur noch 53 Prozent der Beschäftigten in den alten Bundesländern und 45 Prozent der Beschäftigten in den neuen Bundesländern in Betrieben mit Tarifvertrag beschäftigt. In einzelnen Branchen ist sie noch geringer. Dabei stärkt Tarifbindung die öffentliche Hand, die Sozialkassen und die Kaufkraft in erheblichem Umfang.

Jedes Jahr geben der Bund, die Länder und Kommunen rund 450 Milliarden Euro für die öffentliche Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen aus. Rund 12 Prozent aller öffentlichen Aufträge werden vom Bund, 30 Prozent von den Ländern und knapp 60 Prozent von den Kommunen vergeben. Bund und Land müssen die Vergabe öffentlicher Aufträge an gute, tarifliche Bezahlung knüpfen und nicht mit Steuergeldern Lohndumping unterstützen.

Wir fordern deshalb:

- prekäre Beschäftigung abzuschaffen
- Befristungen, Leiharbeit und Werkverträge reduzieren (gleicher Lohn für gleiche Arbeit)
- den gesetzlichen Mindestlohn zeitnah auf 12 Euro anzuheben
- Faire Löhne durch Tarifbindung und gute Tarifverträge
- Regelungen zur Tariftreue in der öffentlichen Auftragsvergabe

Pflege

Steigende Kosten der Pflege überfordern immer mehr pflegebedürftige Heimbewohner*innen. Denn sie müssen mit den nicht gedeckten pflegebedingten Kosten, den Kosten für Unterkunft und Verpflegung, den Investitionskosten und der Ausbildungsumlage den größten Teil selbst bezahlen, durchschnittlich 2.068 Euro pro Monat im Bundesschnitt. Hier wird mit dem Sockel-Spitze-Tausch schon ein Modell diskutiert, demzufolge Pflegeheimbewohner*innen einen geringeren Betrag zu zahlen haben (Sockel) und alle weiteren Kosten von der Pflegeversicherung zu bezahlen sind (Spitze). Ein erster Schritt in die richtige Richtung. In einem zweiten Schritt ist der Ausbau zur Pflegevollversicherung notwendig, um die weiter steigende finanzielle Überforderung zu verhindern. Zudem sind die Investitionskosten in voller Höhe von den Ländern zu finanzieren. Außerdem bedarf es höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen in der Pflege, doch dürfen steigende Personalkosten nicht einseitig den Pflegebedürftigen aufgebürdet werden. Darüber hinaus gilt es, pflegende Angehörige zu entlasten: Beruf und Pflege müssen besser vereinbar sein. Es braucht zudem eine automatische jährliche Anpassung der Pflegeversicherungsleistungen, um eine bezahlbare und würdevolle Pflege für die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen zu gewährleisten.

Wir fordern deshalb:

- Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt
- Aufwertung und Entlastung der in der Pflege Beschäftigten
- Entlastung pflegender Angehöriger
- Finanzierung der Investitionskosten durch die Länder

Infos und Kontakt zum Bündnis: www.buendnis-gegen-altersarmut.de

Bündnis gegen Altersarmut, c/o ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg, Bereich Sozialpolitik/Karin Grimm (Bündniskoordination)
Theodor-Heuss-Straße 2, 70174 Stuttgart, Telefon: 0711-887 88 214, E-Mail: karin.grimm@verdi.de